**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte
**Band:** 16 (1936-1937)
**Heft:** 7

**Artikel:** Zum 26. September
**Autor:** Aebi, Kurt
**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-158200

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 06.12.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

siert Federers Wollen mehr, als was er noch ein Jahr vor seinem Tode schrieb: „Ich für mein Teil muß bekennen, daß ich lieber mit einem gesunden, guten, wenn auch nicht unsterblichen Werke meine Zeitgenossen zu Hunderttausenden für eine kurze frische Gegenwart gewänne, bis das Buch sich ausgewirkt und seinen schönen Tag vollendet hat, als daß ich eines jener klassischen Werke erbrächte, die sich mit ihrer Unsterblichkeit durch exklusive Zirkel, seltene Salons, höhere mit unterdrücktem Gähnen erfüllte Literatursäle hindurchhüsteln müssen. Gewiß, das Größte bleibt ein populäres wirklich das Volk durchdringendes Geniewerk. Aber wieviele gehen auf ein Jahrhundert?" ...

Aber trotz seiner Bescheidenheit haben wir bei Federer kein Gähnen zu unterdrücken, seine Werke beanspruchen hohe Werte in der Beurteilung und wir sehen den Dichter mit Recht auf den Zinnen stehen, von denen herab er die klingende Wahrheit seiner Gesinnung und seines gediegenen Könnens auf die Welt wirken läßt, und wo diese Wahrheit sich auftut, ist Ruhe und Kraft, die über den unruhigen Zeitgeist hinaus die gutschweizerische Art eines Heinrich Federer bewahrt, die gutschweizerische Art, die auf Treu und Glauben beruht, und die uns das ungebrochene Vertrauen in die Zukunft bewahrt, denn „Was brauchen wir die grausame Klarheit des Südens, was den kranken Dunst des Nordens? In der Mitte zwischen Sache und Schein, Realität und Traum, von beiden eine menschlich gemischte Portion essend und trinkend, leben wir wohl am besten", und — um mit einem Wort Federers, das „bedeutsame Merkmale seiner geistigen Wesenheit" beleuchtet, zu schließen —: „Das kleine, gewöhnliche Echte siegt über den lügnerischen Schein, die Tapferkeit und Ausdauer über hohe Gewalt, das Recht über das Unrecht, das Gesunde über das Kranke, das Naive über das Raffinierte, das Kluge über das Schlaue, das Rassige über das Verdorbene, der kleine Bürger, Bauer, Dörfler, das heißt die wahre Volkskraft, über alles Fälschliche, Angemastete, Parasitenhafte, das Einheimische über das Fremde."

# Zum 26. September.

Von **Kurt Aebi.**

Es gehört zu den im Auslande mit Unwillen aufgenommenen Gepflogenheiten des deutschen Reichskanzlers, Europa und die Welt jeweilen am Samstag, wenn sich in Kanzlei und Kontor bereits die Entspannung des Sonntags fühlbar macht, mit Entscheidungen von großer Tragweite zu überraschen (Rheinlandbesetzung, deutsch-österreichisches Abkommen 2c.). Nun haben auch wir unsern historischen Samstag, mit dem Unterschied freilich, daß dem Abwertungsbeschlusse des Bundesrates vom 26. Sep-

tember ernste und grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten unter den Mitgliedern der Regierung vorausgegangen sind, die sich unheilvoll in die privaten und öffentlichen Diskussionen fortpflanzen.

Mit Recht ist von allen Seiten davor gewarnt worden, schrankenlos, unvernünftig oder zum Zwecke demagogischer Verhetzung die Entscheidung des Bundesrates anzufechten und bei der schweren Arbeit der Wiederaufrichtung unserer Wirtschaft grollend und beleidigt beiseite zu stehen oder die vielen Bemühungen der verantwortlichen Staatsführung sogar zu sabotieren. Weniger denn je gehört die Zukunft dem Geiste der Verneinung.

Wenn man sich jedoch ein Urteil bilden will über die Tragfähigkeit des Bundesratsbeschlusses und die Gefahren und Forderungen der Zukunft, ist es unumgänglich notwendig, die Art seines Zustandekommens zu überprüfen und die Kritik zu Worte kommen zu lassen.

Grund zur Entrüstung ist freilich genug vorhanden. Wieder einmal sind es gewisse Finanzritter, Spekulanten und anderer Abschaum der Nation, die ihr Spiel gewonnen haben und frohe Feste feiern, während gerade jene Staatsbürger das Nachsehen haben, die verantwortungsbewußt die Parole des „Durchhaltens um jeden Preis" befolgt und der Versuchung, ihr Geld in ausländischen Titeln anzulegen, nicht erlegen sind. Empfindlich getroffen sind auch die zahlreichen Kaufleute, deren Verpflichtungen gegenüber ausländischen Gläubigern über Nacht fast um vierzig Prozent zugenommen haben, ohne daß sie — wenigstens vorerst — dieser Erhöhung ihrer Schulden durch die Steigerung der Preise ihrer Waren begegnen können.[1]) Auf solche Weise ist viel Vertrauen zerstört, viel Haß gesät worden. Natürlich lassen sich entscheidende Maßnahmen in der Wirtschaftspolitik nicht ohne erhebliches soziales Unrecht nach irgend einer Seite hin durchführen. Bemerkenswert ist und bleibt aber, daß der Beschluß vom 26. September vor allem die kleinen und mittleren Rentner schmälert, also einen großen Kreis von Leuten, die am ehesten Anspruch auf Schonung und Rücksicht besitzen, dies umso mehr, weil sie in ihrer großen Mehrheit an die Regierung geglaubt und deren frühere Mahnungen befolgt haben.

Eine andere nachteilige Folge ist die Abwertung des internationalen Vertrauens in die schweizerische Zuverlässigkeit und Vertragstreue. Die bisher gern benützte Legitimation, sich über die Verstöße gegen die Heiligkeit der Verträge durch andere Staaten zu entrüsten, ist arg durchlöchert worden, nachdem nun auch bei uns der klassische Grundsatz „Pacta sunt servanda" durch die bequemere

[1]) Einen Begriff von der Höhe solcher Verluste gibt die Tatsache, daß z. B. im August allein aus Deutschland für 23,7 Millionen Franken Waren in die Schweiz eingeführt worden sind. Soweit die Rechnungen auf Reichsmark lauten und soweit sie vor dem 26. September noch nicht bezahlt worden sind, ergeben sich für die schweizerischen Besteller namhafte Verluste, da die Reichsmark vor der Frankenabwertung mit ca. 123 Punkten, nach dem 26. September jedoch mit ca. 173 Punkten notiert worden ist.

Formel „Recht ist, was dem Staate nützt" ersetzt wird. Der konservative freiburgische Abgeordnete Piller hat am 28. September in seiner Rede vor dem Ständerat ausgeführt, daß ein Land umso ehrlicher sein müsse, je kleiner es sei; ohne Not habe die Schweiz nun ihren guten Ruf verloren. Noch ist vorläufig nicht abzuschätzen, wie stark der Stoß war, den das internationale Vertrauen — der Grund unseres Wohlstandes in der Nachkriegszeit — erlitten hat. Es fehlte nicht an Männern, die vor der Anzehrung dieser Kapitalreserve gewarnt haben. „Mit unserer Währung darf niemals auf Kosten unserer Ehre ein Geschäft gemacht werden," lautete ein Ausspruch des früheren Bundesrates Dr. Häberlin. Und wer die von bleichem Ernst durchdrungene Rundfunkrede unseres Bundespräsidenten am 27. September gehört hat, mußte fühlen, wie sehr gerade dieser Wertverlust dem Sprecher des Bundesrates zu schaffen machte. Der Zufall oder ein gnädiges Geschick haben einige Tage vor dem Abwertungsbeschluß den angesehenen Industriellen Dr. Schindler, den Leiter der Maschinenfabrik Oerlikon, aus dem Leben abberufen. Er gehörte zu den heftigsten Gegnern der Abwertung, und nachdenklich lesen wir heute die Warnungen dieses Wirtschaftsführers, der mit Recht als die Verkörperung eines verantwortungsbewußten und ehrenwerten Unternehmertums angesehen worden ist: „Eine Währung zu verschlechtern, ... heißt alle Gläubiger und Sparer, alle reellen Leute im Lande besteuern, um leichtfertige oder unfähige Schuldenmacher vor dem Ruin zu retten..." (Neue Zürcher Zeitung, 23. 6. 1933.) „... Wer beim Immer-weniger-verdienen immer noch mehr ausgeben will, gerät schließlich in den Zwang, sich das Geld auf unehrliche Weise zu beschaffen... Beim Staate führt diese Politik zur Abwertung..." (Neue Zürcher Zeitung, 13. 8. 1936.)

Eine andere sehr ernste Folge des Abwertungsbeschlusses ist die Tatsache, daß ihm auch eine — ungewollte — außenpolitische Bedeutung zukommt. Ob und wieweit der französische Druck in Bern gewirkt hat, wissen nur diejenigen, die in die Mysterien des Bundeshauses eingeweiht sind. Bekannt ist nur, daß am 24. September der französische Wirtschaftsminister in Bern war, um den Bundesrat auf die Abwertung des Franzosenfrankens vorzubereiten und ihn zum Anschluß an diese Maßnahme zu bewegen. Léon Blum und seine Regierung der Volksfront wollten sich mit ihrem Währungsmanöver nicht nur in Frankreich selbst frische Luft verschaffen, sondern zugleich auf außenpolitischem Gebiete das Gesetz des Handelns, das in letzter Zeit von Italien und Deutschland diktiert worden ist, für Frankreich zurückzugewinnen. Auf dem Wege einer Währungsanpassung soll die den fascistischen Staaten feindlich gesinnte Front wirtschaftlich miteinander verflochtener Staaten unter der Führung Frankreichs verbreitert und vertieft werden. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet wäre die Schweiz im europäischen Schachspiel wieder einmal der Bauer gewesen: man glaubt zu schieben und man wird geschoben. Wer an diesen Zusammenhängen zweifeln sollte, halte sich vor Augen, welche

Bedeutung beispielsweise dem italienischen Abwertungsbeschlusse vom 5. Oktober in der dem französischen Standpunkt nahestehenden Presse beigemessen wird. Die „Neue Zürcher Zeitung" brachte unter dem Titel „Ein finanzielles Stresa?" folgende Ausführungen ihres Korrespondenten in Rom:

„... Über der finanzpolitischen Bedeutung der Maßnahme darf auch ihr hervorstechender politischer Sinn nicht vergessen werden. Der heutige Ministerrat hat ein Ereignis gezeitigt, das wie kein zweites des letzten Jahres dazu angetan ist, die Wiederverständigung zwischen Rom, Paris und London zu fördern. Von mancher Seite hört man das Wort, die Angliederung der Lira bedeute ein „finanzielles Stresa"..." (Neue Zürcher Zeitung, 6. 10. 1936. Nr. 1711.)

Der guten Ordnung halber sei beigefügt, daß der selbe Korrespondent sich genötigt sah, schon am nächsten Tage der neugeborenen „Front von Stresa" wieder die Totenglocke zu läuten:

„... Das Giornale d'Italia nimmt Stellung gegen die Auffassung, daß die Währungsangleichung Italiens an England und Frankreich eine Annäherung Roms an die französisch-englische Politik zur Folge haben müsse... Mit dieser Richtigstellung wird offenbar in erster Linie eine Beschwichtigung jener reichsdeutschen Kreise bezweckt, die ob der politischen Auswirkungen der italienischen Währungsmaßnahmen Befürchtungen hegen könnten; ferner dürftige die Richtigstellung dazu dienen, eine gewisse Zurückhaltung Italiens gegenüber den französisch-englischen Erwartungen auszudrücken..." (Neue Zürcher Zeitung, 7. 10. 1936, Nr. 1718.)

Es darf jedoch angenommen werden, daß der von Frankreich und Genf[2]) ausgeübte Druck, selbst wenn er den Ausschlag gegeben haben sollte, nicht als die Hauptursache des Berner Abwertungsbeschlusses anzusehen ist. Diese ist vor allem in der immer bedrohlicher werdenden Not des Bundeshaushaltes zu erblicken. Den Sieg der internationalen Spekulation und die Abwanderung des Goldschatzes der Nationalbank ins Ausland hätte der Bundesrat bei gesundem Zustande der Staatsfinanzen nicht befürchten müssen. Die Spekulation setzt bekanntlich nur da an, wo Grund zu Mißtrauen und Panik vorhanden ist.

Politiker und Wirtschaftsführer verschiedener Richtungen stimmen darin überein, daß im wesentlichen nur die allgemeine Vereinfachung des Lebens, die Rückkehr zu bescheidener Lebenshaltung und die Erhöhung der gemeinsamen Anstrengungen bei Arbeitgebern wie Arbeitnehmern unser Volk vor dem gefährlichen Währungsabenteuer hätten bewahren können. Den Mitgliedern des Bundesrates wird zum Vorwurf gemacht, daß sie die Kraft zu dieser Politik der Aufrichtigkeit nicht gefunden haben. Diese berechtigte Kritik trifft aber weniger den Bundesrat als das Volk in seiner Gesamtheit. Vergegenwärtigen wir uns doch die politische Konstellation, unter der es zum Abwertungsbeschlusse gekommen ist: eine bürgerliche, in

[2]) Einige Tage zuvor hatte der Finanzausschuß des Völkerbundes die Angleichung der Währungen nachdrücklich empfohlen!

ihrer Mehrheit liberale Regierung, die seit Jahrzehnten dem übermächtigen Druck und den wilden Forderungen der wirtschaftlichen Zweckverbände ausgesetzt ist und außerdem mit einer ständig wachsenden roten Opposition zu rechnen hat. Diese Hindernisse meint wohl der frühere Bundesrat Dr. Schultheß, wenn er schreibt: „Die Kosten- und Preissenkung ... ist nicht durchführbar und scheiterte an wirtschaftlichen und psychologischen Schwierigkeiten..." (Neue Zürcher Zeitung, 4. 10. 1936, Nr. 1694.)

Es ist notwendig, sich stets der Übermacht dieser „psychologischen" Widerstände bewußt zu sein, denen der Bundesrat auch am 26. September wieder erlegen ist. Das erbitterte Geschrei nach „Subventionen" ließ eine ernsthafte wirksame Sparpolitik nicht aufkommen.

Der Beschluß vom 26. September ist in jeder Beziehung die Notlösung einer in die Enge getriebenen Regierung. Dies trifft insbesondere zu für das Eisenbahndepartement, dessen Vorsteher allem Anscheine nach in der Abwertung eine von ihm befürwortete und erwünschte Maßnahme erblickt, die es ihm erlaubt, die längst dringlich gewordene Reorganisation der Bundesbahnen wieder einmal ad calendas graecas zu verschieben.

Die um den Preis der „Abwertung des Vertrauens" erkaufte Erleichterung wird nur vorübergehend sein. Nach wie vor werden die Sekretäre und Wortführer der Verbände den erschöpften Bundesräten in den Ohren liegen und ihre Stimmen zur gewohnten Lautstärke erheben, nach dem Sprichwort: „Das Rad, das kreischt, ist das Rad, das man schmiert!"

Bereits erschallt von neuem der schrille Chor der ewig Unzufriedenen. Die Tonart, die zur Zeit beliebt, ergibt sich beispielsweise aus dem letzten „Manifest" des Kaufmännischen Vereins Zürich, worin zwar zuerst die ebenso erfreuliche wie ungewohnte Erklärung abgegeben wird, daß die Angestelltenschaft bereit sei, ihre „Sonderinteressen dem Gesamtwohl des Landes unterzuordnen", dann aber schwere Drohungen im Sinne eben dieser Sonderinteressen ausgestoßen werden:

> „Die Angestelltenschaft lehnt unter den neuen Verhältnissen nicht nur jeden Abbau der gegenwärtigen Gehälter mit aller Entschiedenheit ab, sondern behält sich vor, namentlich in jenen von der Krise bisher am schärfsten betroffenen Wirtschaftszweigen, wo vor der Abwertung empfindliche Lohnabbaumaßnahmen durchgeführt wurden, eine gerechte Aufwertung der durch die allenfalls eintretende Verteuerung der Lebenshaltung sinkenden Reallöhne zu fordern."

Im Volke selbst muß sich aber die Überzeugung durchsetzen, daß nur die eiserne und altväterische Sparsamkeit in der Familie wie im Betriebe den Staatshaushalt gesund machen kann. In der Rückkehr zu einfacherer Lebenshaltung haben die wohlhabenden Familien voranzugehen. Solange das Leben in der sogenannten „guten Gesellschaft" noch überall die Liederlichkeit und träge Selbstsucht spüren läßt, wird man vom einfachen Mann keine Opfer verlangen dürfen. Glücklicherweise fehlt es auch bei uns nicht an Persönlichkeiten, die diese Wahrheit längst erkannt haben und unermüd-

lich für sie eintreten. Zu ihnen gehörte Dr. Schindler, dessen Mahnworte wir erwähnt haben. Aber eben: „es sind nicht alle Offiziere Tellheims!" — und die Offiziere der Wirtschaft schon gar nicht!

Der Bundesrat hat es, als er sich für seinen Entschluß vor dem Volke und den beiden Kammern verantwortete, an mutigem Auftreten nicht fehlen lassen. Dieselbe Kraft und Offenheit im unvermeidlichen Kampfe mit den nimmersatten Blutegeln, die sich aus eigener Kraft nicht mehr fortbewegen wollen, möchte ihm jeder gute Schweizer wünschen.

# Politische Rundschau

## Schweizerische Umschau.

### Rund um die Abwertung.

Ereignisse entscheidenden Charakters bestimmten die Periode, über die wir heute zu berichten haben. Die Abwertung des Schweizerfrankens! Sie kam nicht unerwartet; man mußte sie seit über einem Jahr fast kommen sehen. Denn die schweizerische Wirtschaftspolitik war in eine Sackgasse geraten, aus der ein Ausweg anders als über die Abwertung des Schweizerfrankens kaum mehr möglich erschien. Das soll natürlich keine Entschuldigung für diese Maßnahme sein, aber es ist eine tatsächliche Feststellung, um die man nicht herumkommen kann. Die Periode der letzten fünf Jahre hat eben gleichsam in der ganzen Welt gezeigt, daß eine wirklich konsequente und kompromißlose Deflationspolitik auf die Dauer überhaupt nicht durchzuführen ist, und zwar vorwiegend aus psychologischen Gründen. Die Welt hat sich nach dem Kriege einen bestimmten Lebensstandard angewöhnt, von dem sie ohne ganz zwingende Not nicht mehr abzubringen ist. Aus diesem Grunde ist die Deflationspolitik sozusagen überall gescheitert und man griff als Ersatz zur Abwertung, was entschieden der bequemere Weg ist, aber ein ungerechter insofern, als damit die Last einfach nach der Seite des geringsten Widerstandes verschoben und dem großen, aber schweigsamen Volk der Sparer und Mittelständler aufgeladen wird. So ist es 1931 in England gegangen, 1933 in den Vereinigten Staaten, 1934 in der Tschechoslovakei, 1935 in Belgien, 1936 in Frankreich, in der Schweiz, in Italien und nochmals in der Tschechoslovakei. Man sieht also, daß es sich bei dieser Bewegung um eine Welle handelt, die nach und nach die ganze Welt überflutet hat und die erst dann zum Stillstand kommen kann, wenn der innere Wert der Währungen untereinander angeglichen ist. Um diese Angleichung wird auf die Dauer kein Land herumkommen. Sobald aber die Gewißheit besteht, daß die Bewegung ihr Ende gefunden hat, müssen auch die devisenrechtlichen Begrenzungen automatisch fallen, weil sonst die ganze Angleichung überhaupt keinen Zweck hat.

Zurzeit allerdings sind wir noch nicht so weit. Das in Paris abgeschlossene Währungsabkommen, dem sich praktisch auch die Schweiz angeschlossen hat, ist ein Dokument von reichlich biegsamem Charakter. Es kann keine Rede davon sein, daß diese Vereinbarung geeignet wäre, wirklich die Ruhe auf dem Währungsgebiet wieder herzustellen. Denn sowohl England wie die Vereinigten Staaten haben sich zwar bereit erklärt, im Gefolge der französischen und schweizerischen Abwertung nicht auch wieder abzuwerten, dagegen für die Zukunft in dieser Richtung nicht die geringste Verpflichtung unterschrieben. Zudem hat der Präsident der Vereinigten Staaten noch ausdrücklich erklärt, er könne auf die ihm bekanntlich vor drei Jahren